



Aktueller Kommentar



Brot und Butter machen Schlagzeilen

Steigende Nahrungsmittelpreise haben kaum Auswirkungen auf die Inflation, aber die Zeiten billiger Nahrungsmittel sind weltweit vorbei

17. August 2007

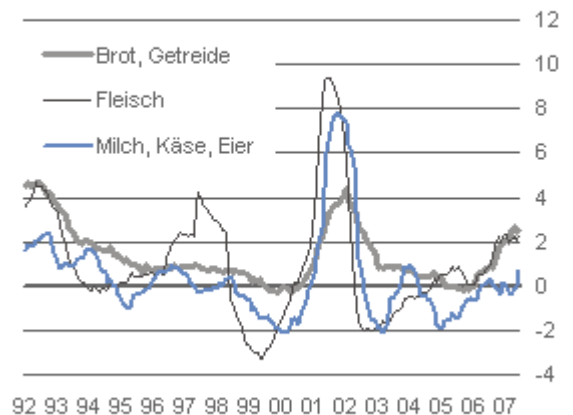
Die Deutschen müssen seit kurzem mehr für Lebensmittel bezahlen, die Butterpreise sind innerhalb weniger Tage um bis zu 50% gestiegen. Zwar werden etliche Verbraucher einen Preisanstieg um 10 Cent pro Liter Milch sicherlich spüren und einzelne sogar schmerzhaft finden, Sorgen um die deutsche Konjunktur müssen wir uns aber kaum machen. Selbst wenn sich die Jahresteuern für Nahrungsmittel dieses Jahr verdoppelte, würde dies die Gesamtinflation um lediglich 0,15 Prozentpunkte erhöhen. Zudem ist der derzeitige Anstieg der Weltpreise für viele landwirtschaftliche Produkte zum Teil auf kurzfristige Faktoren wie Ernteaufschläge durch Trockenheit zurückzuführen (dies gilt z.B. 2006 für die Getreideernte in Australien, zurzeit für Europa).

Aufgrund des harten Wettbewerbs im deutschen Einzelhandel sind die Nahrungsmittelpreise hier zwar niedriger als anderswo in Europa. Global gesehen wird der Preisanstieg jedoch von Dauer sein, er könnte sich aus strukturellen Gründen sogar noch weiter fortsetzen. In den entwickelten Ländern wendete eine Durchschnittsfamilie zuletzt ca. 10% ihres Einkommens für Nahrungsmittel auf, vor 50 Jahren waren es noch 40%. Die Technisierung und die Industrialisierung der Landwirtschaft ließen die realen Nahrungsmittelpreise kontinuierlich sinken. Gleichzeitig führte die zunehmende Arbeitsproduktivität zu steigenden Löhnen und damit höheren Ausgaben für Güter jenseits des Grundbedarfs. Nun müssen sich Verbraucher weltweit auf einen leichten Anstieg der Nahrungsmittelpreise einstellen: Mehrere Faktoren wirken dabei preistreibend.

- Die erhöhte Nachfrage weltweit.** Die Weltbevölkerung wächst weiter: Zudem nimmt seit kurzem in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern der Verbrauch von Milchprodukten und Fleisch signifikant zu. In 10 Jahren dürften die Menschen in den nicht zur OECD gehörenden Ländern aufgrund wachsender Einkommen und zunehmender Orientierung am westlichen Lebensstil 60% mehr Käse, 30% mehr Butter und 40% mehr Fleisch verzehren (nach Berechnungen des OECD-UN Agricultural Outlook 2007-2016).
- Die zunehmende Bedeutung von Biokraftstoffen.** Bei den erneuerbaren Energien stoßen Biokraftstoffe auf breite Unterstützung, versprechen sie neben der wirksamen Bekämpfung der Erderwärmung durch die Reduzierung von CO₂-Emissionen und einer breiteren Energieversorgung auch eine neue Einnahmequelle für Landwirte. In der EU ist Ethanol auf dem Vormarsch, das hauptsächlich aus Weizen und Getreide gewonnen wird, neben Biodiesel, der auf Pflanzenölen basiert. Auch bei einer teilweisen Versorgung über Importe würde die Forcierung des Anbaus von Weizen und Raps zu einem scharfen Wettbewerb um Anbaufläche führen. Den deutschen Getreidebauern standen 2006 lediglich 55% der Gesamttagarfläche zur Verfügung, der geringste Anteil seit 1995. Das Resultat waren steigende Getreidepreise.

Sturm im Wasserglas

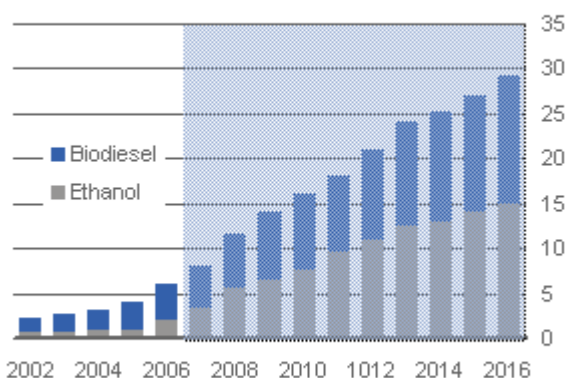
Verbraucherpreisindizes, % gg. Vj.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Hunger auf Biokraftstoffe

Biokraftstoffverbrauch in der EU, Mrd. Liter



Ethanol and Biodiesel-Daten vor 2006 sind produktionsbezogen, von 2006 bis 2016 verbrauchsbezogen.

Quellen: EU-Kommission, OECD

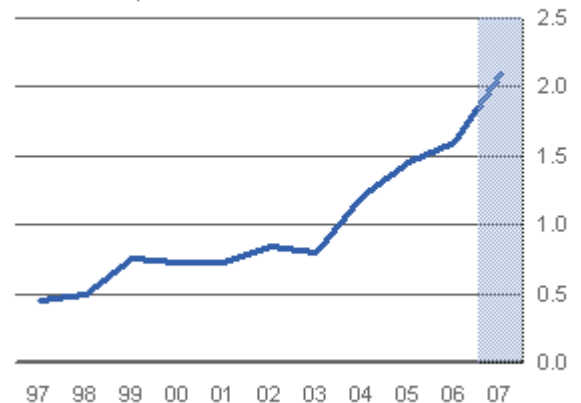
Zudem haben die aufgrund des rasanten Wirtschaftswachstums in Asien steigenden Ölpreise die Preise für Biokraftstoffe in die Höhe getrieben. Der Anreiz für Landwirte, nachwachsende Rohstoffe statt Nahrungsmittel anzubauen oder Vieh zu halten, verstärkte sich damit weiter.

Biokraftstoffe der zweiten Generation, die aus andern Biomasse-Quellen (Holzzellulose oder gar Bioabfällen statt Futtersaat) gewonnen werden, könnten hier in vielleicht einem Jahrzehnt die Lösung bringen. Viel hängt dabei von der politischen Förderung von Biodiesel ab. Die EU legte fest, dass bis 2020 10% der Kraftstoffe im Verkehrssektor durch Biokraftstoffe gedeckt werden müssen. Angela Merkel strebt gar 17% an.

3. **Politische Maßnahmen.** Die Agrar- und Handelspolitik in den industrialisierten Ländern hat zu einem erfolgreichen Abbau von Überschüssen und infolgedessen zu höheren Preisen geführt. Das erwartete höhere Niveau der Weltmarktpreise könnte Anlass für weitere politische Reformen sein, weg von staatlicher Preisregulierung, hin zu weniger Importbeschränkungen (niedrigeren Zöllen) und weniger Produktionsbeschränkungen. Zurzeit gibt es Bestrebungen innerhalb der EU die Milchquote zu senken bzw. das System bereits vor 2015 auslaufen zu lassen. Derzeit zum ersten Mal seit Einführung der Regelung im Jahr 1968 werden die Preise wieder durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Wenn die Landwirte die Produktionsmenge selbst bestimmen können, wirkt dies langfristig preisdämpfend.

Ölanbau auf Rekordniveau

Anbaufläche nachwachsender Rohstoffe in Deutschland, Mio. Hektar



Quelle: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe

Neben politischen Reformen zur Liberalisierung der Agrarmärkte dürfte die Tatsache, dass in vielen Ländern die Industrialisierung der Landwirtschaft gerade erst begonnen hat, Abwärtsdruck auf die Preise ausüben.

Alles in allem müssen sich die Verbraucher aber auf höhere Preise für Grundnahrungsmittel einstellen. Zwar war der jüngste Preisanstieg zum großen Teil auf kurzfristige Produktionsausfälle und die resultierenden Angebot / Nachfrage-Ungleichgewichte zurückzuführen, aber es sind auch langfristige Faktoren wirksam. Die verstärkte Nachfrage nach Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern sowie die aufkeimende Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen wirken solange preistreibend, bis ein Gleichgewicht erreicht ist. Die FAO (Food and Agricultural Organization) erwartet, dass die Preise für Weizen und Ölsaaten mittelfristig unter die derzeitigen resp. jüngsten Höchststände fallen werden. Die Preise für Fleisch und Milchprodukte hingegen werden nach Prognosen der FAO weiter steigen und dann auf hohem Niveau verharren. Zeitpunkt und Niveau des Marktgleichgewichts sind abhängig von der Umsetzbarkeit von Biokraftstoffen aus Zellulose, dem zukünftigen Ölpreis sowie der Agrar- und Handelspolitik. In dieser politischen Debatte ist ein ganzheitlicher Ansatz gefragt: Nahrungsmittel, Energie und Umwelt sind ebenso betroffen wie die großen Nord / Süd, Arm / Reich, Stadt / Land-Themen.



Dr. Claire Schaffnit-Chatterjee (+49) 69 910-31821

[...mehr zum Research-Bereich Macro Trends](#)

[Aktuelle Kommentare - Archiv](#)